

Herr Thienel verweist darauf, dass Vorverlegung der Einwohnerfragestunde in den letzten beiden Haushaltsreden der SPD thematisiert wurde. Grundsätzlich seien die Argumente aus der Vorlage nachzuvollziehen. Andererseits versehe man aber auch das Ansinnen der Bürger, sich frühzeitig zu Punkten der Tagesordnung einzuschalten. Es würde sich beispielsweise anbieten, wenn der Vorsitzende nach Sitzungseröffnung kurz in Richtung Einwohner nachfrage, ob Tagesordnungspunkte betroffen seien. So könnten sich auch die Fraktionen darauf einstellen, dass „da gleich was komme“. Im Übrigen sei es ja auch geübte Praxis, die Sitzung für Fragen zu einem TOP zu unterbrechen.

Der Bürgermeister schildert seine Vorstellung vom Ablauf einer Rats- bzw. Ausschusssitzung und verweist auf die Ladungsfrist. Die Tagesordnung mit den zur Debatte stehenden öffentlichen Tagesordnungspunkten würde veröffentlicht und sei mit allen Unterlagen für alle Einwohnerinnen und Einwohner einsehbar. Jeder habe die Möglichkeit, sich im Vorfeld an die vom Souverän gewählten Vertreter in Angelegenheiten der Tagesordnung zu wenden. Rat- und Ausschussmitglieder hätten sich daraufhin nach dem Austausch mit Bürgern eine Meinung zu bilden. Es könne nicht sein, dass dieser Prozess während der Sitzung im Rahmen der Einwohnerfragestunde geschehe. Daher solle man es bei der bisherigen Verfahrensweise belassen.

Herr Jüdes erklärt, dass es ja nicht darum gehe, vor der Tagesordnung eine Diskussion zu führen, sondern ggf. Aspekte zu sammeln, ehe man in die Diskussion zu den Tagesordnungspunkten einsteige. So solle verhindert werden, dass Besucher Fragen erst nach einer bereits geführten Debatte stellen.

Herr Reisbitzen verweist auf seine Erfahrungen im ABV und Betriebsausschuss. Dort sei es guter Brauch, im Bedarfsfalle die Sitzung zu unterbrechen, um anwesenden Einwohnern die Möglichkeit zu geben, sich zu bestimmten Tagesordnungspunkten zu äußern. Andere Kommunen würden zudem nicht so großzügig mit dem Instrument Einwohnerfragestunde umgehen. Vielerorts bestehe diese auch ausschließlich für Rats- und nicht für Ausschusssitzungen.

Herr Scholz schlägt vor, das bisherige Verfahren zunächst beizubehalten. Die Fraktionen könnten sich Gedanken machen, wie man das vielleicht noch besser zu lösen wäre. Allerdings stellt er auch die Zielsetzung der Einwohnerfragestunde klar. Es werde den Einwohnern nämlich die Möglichkeit eingeräumt, Fragen an die Verwaltung zu richten. Der Rat bleibe hierbei außen vor und habe hierbei kein Mitspracherecht. Eine Diskussion sei ohnehin nicht zulässig.

Nachdem sich keine Wortmeldungen mehr ergeben, lässt der Bürgermeister abstimmen.